

## **Statement bei der Landespressekonferenz am 26. Juni 2006**

### **50 Jahre GEW Baden-Württemberg**

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 5. Mai 1956 schlossen sich die damals selbstständigen GEW-Landesbezirksverbände Württemberg, Nordbaden und Südbaden zu einem gemeinsamen GEW-Landesverband Baden-Württemberg zusammen. Außen vor blieb zum damaligen Zeitpunkt noch der kleinste Landesbezirksverband Württemberg-Hohenzollern, der sich erst 1972 zum Beitritt zur GEW und damit zum Landesverband Baden-Württemberg der GEW entschließen konnte.

Für diese schwierige Entstehungsgeschichte der GEW Baden-Württemberg waren insbesondere zwei Gründe ausschlaggebend:

1. Wie bei der Gründung des Bundeslandes Baden-Württemberg gab es auch innerhalb der GEW keine unbegrenzte Harmonie zwischen Badenern und Württembergern. Erst allmählich und in einem langen und teilweise mühsamen Prozess wurden die Gegensätze zwischen den beiden Landesteilen überwunden, so dass wir heute mit großer Zufriedenheit feststellen können, dass der Landesverband Baden-Württemberg tatsächlich ein gemeinsamer Landesverband und nicht nur ein lockerer Zusammenschluss von vier selbstständigen Bezirksverbänden ist.
2. Für die in den Vorgängerorganisationen der GEW organisierten Lehrerinnen und Lehrer war es nach dem 2. Weltkrieg eine sehr schwierige Entscheidung, welchen Weg die organisierte Lehrerinnen- und Lehrerschaft in Baden-Württemberg gehen sollte. Auf der einen Seite war die Tradition der württembergischen und badischen Lehrervereine, die eher standespolitisch orientiert waren, und auf der anderen Seite stand die Entstehung einer Einheitsgewerkschaftsbewegung unter dem Dach des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Erst nach langen Diskussionen entschieden sich die organisierten Lehrerinnen und Lehrer für den Beitritt zum DGB und damit für den Anschluss an die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.

Sehr schnell entwickelte sich die GEW Baden-Württemberg von der Volksschullehrergewerkschaft zur stärksten Interessenvertretung im Bildungsbereich; der Organisationsbereich wurde ausgeweitet und seit den 60er und 70er Jahren organisiert die GEW Beschäftigte aller Bildungsbereiche – von der Kindertageseinrichtung über die allgemein bildenden und beruflichen Schulen bis hin zur Weiterbildung und zu Hochschul- und Forschungseinrichtungen.

Wie Sie der beiliegenden Grafik entnehmen können, hat die GEW Baden-Württemberg heute rund 41.200 Mitglieder und damit den höchsten Stand ihrer Geschichte erreicht. Auf diese Entwicklung sind wir – gerade in einer Zeit, in der alle Großorganisationen große Schwierigkeiten haben, insbesondere junge Menschen an sich zu binden – sehr stolz. Diese Entwicklung ist für uns Ansporn, auch in den nächsten Jahrzehnten eine solide und erfolgreiche Politik zu machen.

Sie finden in Ihren Unterlagen außerdem nicht nur die Sonderseiten unserer Mitgliederzeitschrift b&w, in denen wir die 50-jährige Geschichte der GEW Baden-Württemberg schlaglichtartig dokumentieren, sondern auch einen Auszug von Titelseiten unserer Zeitschrift, die wir ab morgen im Rahmen einer kleinen Plakatausstellung in unserer Geschäftsstelle präsentieren, und in denen die wichtigsten politischen Themen und Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte dargestellt sind. Ich will vier Themen, die sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der letzten 50 Jahre ziehen und die uns auch heute noch fast jeden Tag beschäftigen, herausgreifen und in aller Kürze darzustellen versuchen, was wir erreicht oder nicht erreicht haben und was in der Zukunft noch zu tun ist:

1. Einer der größten Erfolge in der Geschichte der GEW ist zweifellos die Aufwertung der Ausbildung der Volksschullehrerinnen und -lehrer. Die Überführung der konfessionell ausgerichteten Seminarbildung an Pädagogische Hochschulen in den 50er und 60er Jahren war ein Riesenerfolg, auch mit der Konsequenz einer deutlichen materiellen Besserstellung der Lehrerinnen und Lehrer an Volksschulen.

Noch nicht gelungen dagegen ist die Erreichung der vollständigen Gleichwertigkeit der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern aller Schularten.

Und dies ist eine der größten Schwachstellen unserer Lehrerbildung – nicht nur in Baden-Württemberg. Die Ausbildung von Lehrerinnen und

Lehrern orientiert sich in ihren Inhalten, aber auch in ihrer hierarchischen Struktur, nach wie vor viel zu stark an der Ausbildung in traditionellen Fachwissenschaften und fein säuberlich sortiert nach Schularten. Bei der Ausbildung der Gymnasiallehrerinnen und Berufsschullehrerinnen steht die Fachwissenschaft im Vordergrund, bei der Ausbildung der Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschullehrerinnen eher die methodisch-didaktische Ausbildung. Beides muss aber für alle Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten viel stärker zusammengeführt werden. Es fehlt eine gelungene Verbindung von Theorie und Praxis, es fehlt nach wie vor an einer Orientierung der Ausbildung an der professionellen Tätigkeit von Lehrerinnen und Lehrern. Diese muss gleichwertig sein, unabhängig davon, in welcher Schulart und in welcher Schulstufe eine Lehrerin bzw. ein Lehrer unterrichtet.

Dass die Lehrerbildung in Baden-Württemberg dringend reformiert und weiterentwickelt werden muss, ist bekannt und unstrittig – es fehlt der Landesregierung am notwendigen Mut und an der notwendigen Durchsetzungsfähigkeit auch gegenüber den Universitäten. Die neue Landesregierung lässt dabei jeden Willen zur Reform vermissen; in der Koalitionsvereinbarung wird über Lehrerbildung und deren Reform so gut wie nichts ausgesagt.

2. Bildungspolitik heißt immer auch Kampf für höhere Investitionen in Bildung. Die GEW nahm und nimmt für sich in Anspruch, nicht nur für materielle Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder zu kämpfen, sondern in gleicher Weise auch für eine Verbesserung der Lernbedingungen für Schülerinnen und Schüler einzutreten.

Der Kampf für kleinere Klassen, für Förder- und Stützunterricht zieht sich wie ein roter Faden durch die 50-jährige Geschichte der GEW.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung in den anderen Bundesländern betrachten wir es deshalb durchaus als einen Erfolg der GEW, dass in den letzten zehn Jahren in Baden-Württemberg mehr als 10.000 zusätzliche Stellen geschaffen worden sind. Ohne unseren ständigen Einsatz, ohne den Druck, den wir öffentlich entfaltet haben, wäre dies nicht möglich gewesen.

Auch die Tatsache, dass die neue Landesregierung in ihrer Koalitionsvereinbarung festgeschrieben und in der Regierungserklärung in der vergangenen Woche noch einmal bekräftigt hat, dass in den nächsten fünf Jahren keine der rechnerisch frei werdenden Lehrerinnen- und Lehrer-

stellen gestrichen wird, sondern diese Ressourcen im System bleiben, ist ein Erfolg, der nicht gering geschätzt werden darf.

Wir werden auch in Zukunft dafür kämpfen, dass sich die Investitionen in Bildung weiter erhöhen – unser Ziel ist und bleibt, dass Deutschland mindestens genau so viel in Bildung investiert wie vergleichbare Industrieländer. Davon sind wir derzeit noch weit entfernt.

3. Eine Gewerkschaft hat natürlich auch die Aufgabe, für eine materielle Verbesserung der Arbeitsbedingungen einzutreten, sonst verliert sie ihre Daseinsberechtigung. Dass es dabei einen engen Zusammenhang zu den Finanzen gibt, liegt auf der Hand.

Die letzten fünfzig Jahre zeigen in dieser Frage Licht und Schatten. Geling es der GEW in den ersten 25 Jahren, die Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder materiell deutlich zu verbessern, so stehen wir seit etwa 25 Jahren in einem massiven Abwehrkampf. Arbeitszeiterhöhungen, Einschnitte beim Einkommen sind mittlerweile an der Tagesordnung, ganz zu schweigen davon, dass die Landesregierung derzeit noch keine Bereitschaft erkennen lässt, die Einkommenserhöhungen des Tarifabschlusses im Bereich der Länder vom 19. Mai 2006 auch auf die Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Ministerpräsident Oettinger hat in seiner Regierungserklärung zwar darüber philosophiert, dass sich das Land Baden-Württemberg für die Übertragung einsetzen werde; er blieb dabei aber sehr im Unverbindlichen.

Genau in dieser Frage blicke ich auch mit großen Sorgen in die Zukunft. Wird die so genannte Föderalismusreform von Bundestag und Bundesrat beschlossen, so werden wir künftig in der Bundesrepublik Deutschland sechzehn verschiedene Gehaltstabellen nicht nur für Angestellte, sondern auch für Beamtinnen und Beamte haben, ganz zu schweigen von sechzehn verschiedenen Beamtenengesetzen und sechzehn verschiedenen Pensionsregelungen.

Ich kann darin keinen Fortschritt erkennen – ganz im Gegenteil, wir sehen in der so genannten Föderalismusreform einen Schritt hin zur Kleinstaaterei.

Man darf auch gespannt sein, wie die Bundesregierung von Baden-Württemberg dann reagiert, wenn es, wie es sich bereits jetzt abzeichnet, in einzelnen Bereichen schon nicht mehr gelingt, alle frei werdenden Stellen mit qualifizierten Bewerberinnen und Bewerbern zu beset-

zen, weil offensichtlich die Arbeitsbedingungen nicht ganz so attraktiv sind, wie dies an den Stammtischen gelegentlich behauptet wird.

Mit anderen Worten: Die Föderalismusreform ist für die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, also auch für die GEW, eine gigantische Herausforderung. Wir werden in den kommenden Jahren alle Kraft aufbieten müssen um zu verhindern, dass eine Wettbewerbsspirale nach unten einsetzt, und die Ministerpräsidenten die höchste Popularität erreichen, die für ihre Beschäftigten die schlechtesten Arbeitsbedingungen durchsetzen.

Die GEW versteht sich, wenn es um die materiellen Interessen ihrer Mitglieder geht, gerade nicht nur als Besitzstandswahrerin oder Verteidigerin erworbener Rechte, sondern wir haben uns immer bemüht, die Realität und damit auch die schwierige Situation der öffentlichen Haushalte zur Kenntnis zu nehmen und durch innovative Ideen Beiträge zur Weiterentwicklung zu leisten. Ich will zwei Beispiele nennen:

Ich erinnere an unsere Initiative für einen Beschäftigungsvertrag im Jahre 1997, an dessen Ende nicht nur ein Vorgriffstundenmodell à la Baden-Württemberg stand, das bis zum heutigen Tage Bestand hat, sondern auch rund 1.000 Lehrerinnen und Lehrer, die sonst keine Anstellung gefunden hätten, in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg zusätzlich eingestellt werden konnten. Diese Initiative hat uns damals in den eigenen Reihen viel Kritik eingebracht; heute stimmen mir fast alle unserer Mitglieder zu, dass dieser Weg richtig war.

Mit dieser Initiative ist es uns in Baden-Württemberg immerhin gelungen die Unterrichtsverpflichtung für die Lehrerinnen und Lehrer an Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen über 15 Jahre stabil zu halten – und das in einer Zeit, in der Arbeitszeiterhöhungen in fast allen Bereichen an der Tagesordnung sind.

Ich erinnere zweitens an unsere Initiative für die Neubewertung der Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern – seit Beginn dieses Schuljahres werden an zwanzig Schulen Modellversuche zur Organisation der Arbeit und Neubewertung der Arbeit von Lehrerinnen und Lehrern erprobt und in anderthalb Jahren werden wir auswerten und prüfen, ob und in welcher Form eine Übertragung möglich ist. Diese innovative Idee durchzusetzen war schwierig genug – Sie haben das ja teilweise selbst verfolgt. Bemerkenswert dabei ist, dass wir in solchen Situationen nicht nur die Widerstände in der Regierung bzw. im Ministerium überwinden

müssen, sondern mit im Bremserhäuschen sitzen dann ja auch die vereinigten Lehrerverbände des Beamtenbundes.

Ich kann heute noch nicht prognostizieren, welches Ergebnis dabei herauskommt – denn nach wie vor fehlt uns als Gewerkschaft ein Arbeitgeber als Gegenüber, der bereit ist mit uns verlässliche, tarifvertragsähnliche Vereinbarungen zu schließen.

Trotzdem: Gerade, wenn es um die Arbeitsbedingungen geht, ist die GEW bereit, auch konventionelle Wege zu verlassen, Neues zu erproben und als Impulsgeber für eine bessere Politik zu fungieren.

4. Die GEW Baden-Württemberg nimmt allerdings nicht nur für sich in Anspruch, gewerkschaftliche Ziele zu verfolgen, sondern wir begreifen uns auch als eine Gewerkschaft, die sich für grundlegende Reformen im Bildungsbereich einsetzt. Die Forderung nach Chancengleichheit, die Verwirklichung der bestmöglichen individuellen Förderung für alle Kinder, Integration statt Auslese – all dies sind Themen, die uns seit vielen Jahren beschäftigen und auch in Zukunft weiter beschäftigen werden.

Es ist und bleibt ein Skandal, dass in keinem anderen Land der Welt der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Schulerfolg so offensichtlich ist wie in Deutschland. Deshalb werden wir uns auch in Zukunft mit aller Kraft für Schulreformen einsetzen, auch wenn dies in einem Land, das traditionell konservativ regiert wird, nicht immer einfach ist.

Aber allein die Tatsache, dass selbst in Baden-Württemberg mittlerweile ungestraft vom Ausbau der Ganztagschulen, von frühkindlicher Bildung und bestmöglicher individueller Förderung gesprochen wird, ist ein Fortschritt, den viele von uns vor etlichen Jahren noch nicht für möglich gehalten hätten.

Dabei sind wir überzeugt, dass eines der Grundprobleme unseres Schulsystems nach wie vor die frühe und konsequente Auslese darstellt. Deshalb bleibt unsere zentrale Forderung, eine Schule für alle auch in Baden-Württemberg zu realisieren.

Wir wollen, dass die einzelnen Bildungsbereiche nicht gegeneinander abgegrenzt werden, sondern dass Bildung als Ganzes begriffen wird und Bildungspolitik nicht erst bei der Grundschule beginnt und beim Abitur

endet, sondern Bildungspolitik alle Bildungsbereiche mit einbezieht und von einem ganzheitlichen Bildungsbegriff ausgeht.

Deshalb haben wir uns Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts dazu entschlossen, uns an dem Neustrukturierungsprozess der Gewerkschaften, der zur Gründung von ver.di geführt hat, nicht zu beteiligen, sondern unseren eigenständigen Weg zur Bildungsgewerkschaft zu gehen. Wir organisieren Beschäftigte aus allen Bildungsbereichen und sind davon überzeugt, dass die „Bildungsbranche“, wenn ich das mal so nennen darf, eine Wachstumsbranche ist, die durchaus eine eigenständige Bildungsgewerkschaft vertragen kann. Daran werden wir auch in den nächsten Jahren zielstrebig arbeiten.

Alles in allem ziehe ich als Vorsitzender der GEW eine durchaus positive Bilanz der letzten fünfzig Jahre unseres Bestehens – nicht euphorisch, aber selbstbewusst.

Wir werden das 50-jährige Bestehen unseres Landesverbandes morgen mit einem hoffentlich schönen Sommerfest feiern – es hat sich allerlei Prominenz angesagt, nicht nur der Ministerpräsident wird teilnehmen, sondern auch der Kultusminister, die SPD-Landesvorsitzende, der Fraktionsvorsitzende der CDU, der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen und eine ganze Reihe anderer wichtiger Persönlichkeiten des Landes werden uns hoffentlich gebührend zum Geburtstag gratulieren.

Dass auch eine ganze Reihe Journalistinnen und Journalisten dabei sein werden, freut uns, denn wir brauchen die kritische Begleitung durch die Medien und deshalb möchte ich mich an dieser Stelle auch noch einmal ganz ausdrücklich für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Nicht alles, was Sie schreiben, löst bei der GEW Entzücken aus – aber das ist normal und alles andere wäre höchst verdächtig.

In diesem Sinne freuen wir uns auf einen abwechslungsreichen Abend mit gutem Essen, einem guten Programm und vielen ertragreichen Gesprächen.